



## Überlegungen zu *Trinkwasser- und Pestizidinitiative* aus ethischer Sicht

### Medienmitteilung

**Die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax hat sich intensiv mit den Anliegen und Vorschlägen von *Trinkwasser- und Pestizidinitiative* befasst. Die Anliegen beider Initiativen sind gut begründet: Es besteht unübersehbarer Handlungsbedarf. Allerdings braucht es aus ethischer Sicht eine grundlegendere politische Entscheidung, wie Umweltziele in der Landwirtschaft erreicht werden sollen. Nachfrageseite und KonsumentInnen sind in diesen grundlegenden Wandel bei der Herstellung landwirtschaftlicher Güter miteinzubeziehen.**

Am 13. Juni 2021 stehen in der Schweiz zwei Initiativen zur Abstimmung, die im Zusammenhang mit der Schweizer Agrarpolitik stehen und einen besseren Umweltschutz verfolgen: Die Volksinitiative «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung - Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz» (Trinkwasserinitiative) und die Initiative für «Eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» (Pestizidinitiative). Der Handlungsbedarf im Bereich Trinkwasser und Pestizidbelastung der Böden wird kaum bestritten. Mit der «Agrarpolitik 22+» wollte der Bundesrat den Pestizideinsatz und die Stickstoffüberschüsse in der Landwirtschaft senken und den Treibhausgasausstoss mindern. Mit der Ablehnung der bundesrätlichen Vorlage durch die eidgenössischen Räte, unterstützt durch den Bauernverband, erhalten beide Initiativen ein besonderes Gewicht. Wer möchte, dass die Schweizer Landwirtschaftspolitik stärker auf eine nachhaltige und umweltschonende Weise ausgerichtet wird, dürfte beiden Initiativen grosse Aufmerksamkeit schenken.

#### Anliegen der Trinkwasserinitiative

Die Trinkwasserinitiative will gesunde Lebensmittel und sauberes Trinkwasser. Bäuerliche Betriebe in der Schweiz sollen nur noch Direktzahlungen bekommen, wenn sie auf Pestizide ganz und auf Antibiotika weitgehend verzichten sowie den Tierbestand ihrem selbst produzierten Futter anpassen. Der Import landwirtschaftlicher Produkte würde von dieser Verfassungsänderung nicht erfasst.

#### Anliegen der Pestizidinitiative

Die Pestizidinitiative beabsichtigt ein generelles Verbot des Einsatzes synthetischer Pestizide in der Landwirtschaft, bei der Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und in der Boden- und Landschaftspflege. Dieses Verbot gilt auch für den Import von Lebensmitteln.

#### Handlungsbedarf unübersehbar

Die Schweizerische Nationalkommission Justitia et Pax teilt die Sorgen und Anliegen der Initiantinnen. Unser Trinkwasser ist in vielen Regionen stark mit Nitraten und Pestiziden belastet. Die mehrheitlich agroindustrielle Ausrichtung der Schweizer Landwirtschaft ist unter umweltethischen Gesichtspunkten nicht nachhaltig und riskiert, das Naturkapital für zukünftige Generationen nachhaltig zu beschädigen. Die Annahme der Initiativen würde einen grundlegenden Wandel in der hiesigen Agrarpolitik bedeuten. Beide Initiativen haben die Produktionsseite landwirtschaftlicher Produkte im Blick, die Verantwortung der Verbraucherinnen und Konsumenten steht nicht im Fokus.

Die Trinkwasserinitiative nimmt sogar nur die Landwirte in der Schweiz in die Pflicht, der Einsatz von Pestiziden durch die öffentliche Hand oder Hobbygärtnerinnen bleibt erlaubt. Sie macht auch keine Vorgaben zu importierten Lebensmitteln.



Die Pestizidinitiative ist hier kohärenter, sie will auch ein Verbot des Imports landwirtschaftlicher Produkte, die mit synthetischen Pestiziden hergestellt wurden.

Die Gegner der Initiativen kritisieren vor allem die einseitige Fokussierung auf Landwirtschaft und die Lebensmittelproduktion. Sie befürchten einen Verlust von Arbeitsplätzen und einen Rückgang der inländischen landwirtschaftlichen Produktion. Mehr Importe aus dem Ausland wären dadurch nötig. Auch fürchten sie um die Ernährungssouveränität bei einer Annahme der Initiativen.

### Ethische Einschätzung

Aus ethischer Sicht stellen beide Initiativen eine Herausforderung dar: Der Handlungsbedarf ist evident, um Umwelt- und Klimaziele zu erreichen. Allerdings bleibt offen, ob die vorgeschlagenen Instrumente geeignet sind, um diese Ziele zu erreichen. Verlagerungseffekte ins Ausland sind denkbar, wodurch die CO<sub>2</sub>-Bilanz einiger Lebensmittel deutlich schlechter ausfallen würde als beim Status quo.

Weil bei der Trinkwasserinitiative weder Importschutz noch sonstige wirtschaftliche Unterstützung vorgesehen sind, besteht die Gefahr, dass besonders intensive Bereiche wie Poulet- und Schweinemast, Beeren-, Gemüse und Weinanbau zum Schluss kommen, dass es für sie lohnender ist, die Produktion noch mehr zu intensivieren und auf Direktzahlungen zu verzichten. Sie würden Ökonomie vor Ökologie stellen. Dieses Dilemma stellt sich bei der Pestizidinitiative weit weniger.

Mit Papst Franziskus ist daran zu erinnern, dass unsere Welt nur für künftige Generationen lebenswert erhalten werden kann, wenn wir zu Umwelt und benachteiligten Menschen gleichermaßen Sorge tragen – und dass insbesondere reiche und mächtige Spieler Verantwortung übernehmen und ein neues wirtschaftliches Denken anstossen müssen. Solidarität mit Natur und Menschen ist letztlich nicht gratis zu haben, und (Human-)Ökologie vor Ökonomie zu stellen ist.

Es bedarf einer grundlegenderen – auch sozialetisch geprägten - politischen Entscheidung, wie die Umweltziele in der Landwirtschaft erreicht werden sollen. Die bisherige agroindustrielle Ausrichtung der Landwirtschaft muss durch eine umfassende Agrarökologie ersetzt werden. Nachfrageseite und KonsumentInnen sind in diesen grundlegenden Wandel bei der Herstellung landwirtschaftlicher Güter miteinzubeziehen.

Wolfgang Bürgstein, 12.05.2021